



Nr. 13

4. April 2012

Inhalt:

[Einigung für öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen - Stöhr: Tragfähiger Kompromiss erreicht – Tarifergebnis jetzt auf Beamte übertragen+++](#)

[dbb für Kitaplätze statt Betreuungsgeld+++](#)

[9. Frauenpolitische Fachtagung – dbb Chef: Öffentlicher Dienst muss Vorreiterrolle bei Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielen –](#)

[Wildfeuer plädiert für Quote+++](#)

[dbb: Stabilität der Systeme der Krankenversicherung nicht in Frage stellen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb rheinland-pfalz fordert mehr Geld für Beamte im Land+++](#)

[dbb mecklenburg-vorpommern unterstützt Initiative für Erhalt der Gerichtsstruktur +++](#)

[Schweizer Haftbefehle gegen deutsche Steuerfahnder –](#)

[Kritik der DSTG zeigt Wirkung+++](#)

[Dritte Runde ohne Angebot - jetzt drohen Streiks bei der Telekom+++](#)

[VDR würdigt „erfolgreiches Bildungspaket“+++](#)

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einigung für öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen - Stöhr: Tragfähiger Kompromiss erreicht – Tarifergebnis jetzt auf Beamte übertragen

(dbb) Die Einigung im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen ist vom dbb-Verhandlungsführer Frank Stöhr als „Sieg der Vernunft und Gewinn für den öffentlichen Dienst“ bezeichnet worden. Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich in der dritten Verhandlungsrunde in der Nacht vom 30. zum 31. März 2012 in Potsdam auf tabellenwirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 6,4 Prozent, bei einer Laufzeit von 24 Monaten, geeinigt.

„Mit diesem Tarifabschluss ist ein echter Interessenausgleich gelungen, der den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen ebenso Rechnung trägt wie der schwierigen Finanzlage vor allem der Kommunen“, so Stöhr. „Die rund zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen halten damit Anschluss an die allgemeine Lohnentwicklung. Alles andere wäre nicht nur ungerecht und unsozial gewesen, sondern mit Blick auf die Zukunft des öffentlichen Dienstes auch vollkommen unververtretbar. Schließlich sorgt der öffentliche Dienst tagtäglich für ein starkes Land, in dem Gesundheit, Bildung und Sicherheit keine Luxusgüter sind. Dafür sind faire Löhne nur angemessen“, sagte Stöhr.

Zudem berücksichtige die Tarifeinigung auch die demographische Herausforderung. Stöhr: „Angesichts von mehr als 700.000 Beschäftigten, die in den nächsten Jahren altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden, sind die deutlich verbesserten Einkommens- und

Übernahmeregelungen für die Auszubildenden ein wichtiger Katalysator für die Nachwuchsgewinnung.“

Stöhr, Zweiter Vorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion, forderte, nun, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die rund 360.000 Beamtinnen und Beamten des Bundes zu übertragen: „Erst mit der Gleichbehandlung der Beamtinnen und Beamten kommt diese Einkommensrunde zu einem gerechten Abschluss“, machte Stöhr deutlich.

Tarifabschluss und vorläufige Entgelttabellen unter:

<http://www.dbb.de/themen/arbeitnehmer/tarifabschluss-fuer-den-oeffentlichen-dienst-von-bund-und-kommunen-und-vorlaeufige-entgelttabellen.htm>
(01/13/12)|

dbb für Kitaplätze statt Betreuungsgeld

(dbb) Der dbb lehnt ein Betreuungsgeld für Mütter und Väter ab, die keinen staatlich finanzierten Krippenplatz für ihr Kind in Anspruch nehmen. „Das ist kein geeignetes Mittel, um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen – nämlich den Anteil von Frauen am Erwerbsleben zu erhöhen und ihnen nach dem Kind eine schnelle Rückkehr in den Beruf zu ermöglichen“, sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann am 4. April 2012 in Berlin.

Zu diesem Schluss seien auch mehrere aktuelle Studien gelangt. Zudem könne die Bundesregierung zum Beispiel nicht Migrantinnen und Migranten von den Vorteilen einer frühen Betreuung ihres Nachwuchses in Kindertagesstätten überzeugen, wenn sie zugleich Geld an jene zahlt, die ihre Kinder zu Hause behalten, so Hollmann.

2007 hatten sich Bund und Länder darauf verständigt, dass ab 2013 alle Kinder unter drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben sollten. „Von diesem Ziel sind wir meilenweit entfernt“, kritisierte die dbb Vize. Zwar sei die Zahl der Plätze in den Kindertagesstätten gestiegen, aber laut Statistischem Bundesamt fehlen noch immer bundesweit rund 230.000 Betreuungsplätze. „Da brauchen wir kein Gerede über ein Be-

betreuungsgeld, das die Frauen vom Berufsleben fernhält. Vielmehr sind weitere gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern zum gezielten Ausbau der Kinderbetreuung nötig.“ Dafür müssten mehr Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet und eingestellt werden. „Denn es geht nicht nur um mehr Plätze, sondern auch um eine qualitätsvolle Betreuung der Kinder“, sagte Hollmann. „Investitionen in die frühkindliche Bildung zahlen sich langfristig aus. Wer daran spart, schadet Kindern und Eltern und spart an der Zukunft.“

Dass das Betreuungsgeld Frauen von Arbeitsmarkt fernhält, hatte zuletzt auch das Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit in einer Studie belegt. Untersucht wurden dafür die Auswirkungen des 2006 in Thüringen eingeführten Landeserziehungsgeldes auf die Arbeitsmarkt-

beteiligung und frühkindliche Bildung von Mädchen und Jungen. Thüringen gewährt seit 2006 Betreuungsgeld in Höhe von 150 bis 300 Euro für Zweijährige, die nicht in öffentlichen Einrichtungen betreut werden. Laut Studie sind vor allem Geringqualifizierte, Alleinerziehende und Familien mit niedrigem Einkommen dem Arbeitsmarkt fern geblieben, um das so genannte Landeserziehungsgeld in Anspruch zu nehmen. Auch ältere Geschwister kamen seltener in den Kindergarten. Zudem ging die Erwerbsbeteiligung der Väter ebenfalls leicht zurück. Die Verfasser der Studie forderten daher, das Betreuungsgeld erneut auf den Prüfstand zu stellen. Auch die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) rät vom Betreuungsgeld ab. (02/13/12)

9. Frauenpolitische Fachtagung – dbb Chef: Öffentlicher Dienst muss Vorreiterrolle bei Vereinbarkeit von Beruf und Familie spielen – Wildfeuer plädiert für Quote

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen sieht den öffentlichen Dienst in der Pflicht, eine Vorreiterrolle bei der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu spielen. Auf der 9. Frauenpolitischen Fachtagung des gewerkschaftlichen Dachverbandes am 29. März 2012 im dbb forum in Berlin forderte Heesen deshalb die Politik dazu auf, die Rahmenbedingungen zu verbessern und mehr dafür zu tun, dass vor allem gut qualifizierte Frauen wieder in den Beruf zurückkehren können und wollen.

Es sei ein „Missstand“, dass 6,3 Millionen bestenfalls ausgebildete Frauen derzeit nicht im Erwerbsleben stehen, sagte Heesen vor den rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagung, die unter dem Motto „Karriere(k)nick Kind? Beruflicher Wiedereinstieg – Aber wie!“ stand.

Zwar sei der öffentliche Dienst in einigen Bereichen Vorbild, etwa mit der besten Teilzeitquote aller Branchen. „Aber es gibt noch viel zu tun.“ Heesen verwies unter anderem auf eine Umfrage im Auftrag des dbb, in der die Befragten als Kritikpunkte beim Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter anderem mangelnde Betreuungsgeldzuschüsse, zu wenig Heimarbeitsplätze, nicht gut funktionierende Kinderbetreuung und fehlende Frauenquoten in Führungspositionen angeführt hatten. „Der Kern des Problems aus unserer Sicht ist: Sowohl die Wirtschaft als auch der öffentliche Dienst tun zu wenig, um Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, weil noch immer verkannt wird, dass wir um Arbeitskräfte werben

müssen. Wenn wir dieses Zukunftsproblem nicht lösen, werden wir das Nachsehen haben – auch im internationalen Vergleich“, mahnte der dbb Chef. „Der dbb wird sich aktiv in die Diskussion einbringen. Wir haben hier eine Verantwortung, und der stellen wir uns“, versprach Heesen und verwies in diesem Zusammenhang auf die gewerkschaftliche Beteiligung an der Erarbeitung der Demographie-Strategie der Bundesregierung.

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer hatte zum Auftakt der Fachtagung kritisiert, dass nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch im öffentlichen Dienst Kinder allzu oft einen Karriereknick für Frauen bedeuteten. Wer wegen der Kinderbetreuung länger als fünf Jahre aussetze, könne laut Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) zurückgestuft werden und auch für Beamtinnen, die in den Beruf zurückkehrten, gebe es oft Benachteiligungen und Verantwortungsverlust.

Auch der Anteil weiblicher Führungskräfte im öffentlichen Dienst sei zu gering. So liege er in den obersten Bundesbehörden derzeit bei 23 Prozent. Wildfeuer sagte: „Ohne gesetzliche Regelungen können wir den Frauenanteil in Führungspositionen auch im öffentlichen Dienst nicht ausreichend erhöhen.“ Eine selbstverpflichtende Quote reiche nicht aus.

„Frauen werden nur dann gerne Karriere machen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen“, sagte Wildfeuer. Familie und eine Tätigkeit mit 35 oder 40 Stunden pro Woche seien durchaus vereinbar, wenn ausreichend Ganztagsbetreuungsplätze zur Verfügung stünden

und sich Arbeitgeber auch moderner und individueller Arbeitszeitgestaltung öffnen. „Das heißt auch, Männer zu ermutigen, Teil- und Elternzeit aber auch Telearbeit ganz selbstverständlich zu nutzen“, mahnte die Vorsitzende.

„Elternzeiten sind Phasen des Berufslebens. Bezeichnen wir sie auch so“, betonte Wildfeuer und forderte die zuständigen Ministerien des Bundes und der Länder auf, gemeinsam mit dem dbb und seiner Bundesfrauenvertretung eine Strategie zur Verbesserung des Wiedereinstiegs von Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu entwickeln.
(03/13/12)

dbb: Stabilität der Systeme der Krankenversicherung nicht in Frage stellen

(dbb) Der dbb plädiert dafür, die Zweigleisigkeit der Systeme der Krankenversicherung in Deutschland nicht in Frage zu stellen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt verwies am 29. März 2012 auf eine alte Winzerregel: „Lobe den eigenen Wein, aber mache nicht den Tropfen des Nachbarn madig, lautet eine alte Verhaltensregel der Weinbauern“, sagte der dbb Vize. „Daran sollten sich auch die Fachleute der Krankenversicherung orientieren.“ Dauderstädt kommentierte damit die Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden des AOK-Bundesverbandes Jürgen Graalmann, der für ein Ende der privaten Krankenversicherung (PKV) plädiert hatte.

Die Zweigleisigkeit der Systeme gehöre zu den bewährten Traditionen des deutschen Sozialstaats und sei für die beamtenrechtliche Beihilfe auch ohne Alternative, hielt Dauderstädt dagegen. „Der dbb hat sich deshalb auch stets für diese Friedensgrenze ausgesprochen und davor gewarnt, die Stabilität des anderen Systems in Frage zu stellen.“

Das Bundesverfassungsgericht habe die Existenz der PKV ausdrücklich als geschützt angesehen, und über die Solidität ihrer Finanzen gäben die offen zugänglichen Bilanzen hinreichend Auskunft. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) als bewährter Schutz des Großteils der Bevölkerung dürfe sich keinesfalls an einem Feldzug gegen den anderen Zweig der Krankenversicherung beteiligen, mahnte der dbb Vize.
(04/13/12)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb rheinland-pfalz fordert mehr Geld für Beamte im Land

(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat nach dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen auch für die Landesbeamten in Rheinland-Pfalz deutlich mehr Geld gefordert. „Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ist ein tragfähiger Kompromiss. Den Beamten des Landes dagegen wurde eine Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert“, kritisierte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz am 2. April 2012 in Mainz.

Sie forderte, das Tarifergebnis für die Beamten zu übernehmen. Alles andere sei eine „Ungechtigkeit zum Nachteil der Beamten“. „Wer

von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ist, der steht im Abseits“, fügte Lenz hinzu.

Der rheinland-pfälzische Landtag hatte beschlossen, dass die Beamtenbezüge von 2012 bis 2016 nur um ein Prozent pro Jahr steigen sollen und dies mit Sparzwängen begründet.

Wenn es bei der jetzigen Regelung bleibe, werde der dbb gerichtlich prüfen lassen, ob die

Beamtenbesoldung „noch dem Alimentationsprinzip entspricht“, kündigte Lenz an. Dieses Prinzip bedeutet, dass der Dienstherr dem Beamten „angemessenen Lebensunterhalt“ zukommen lassen muss.

(05/13/12)

dbb mecklenburg-vorpommern unterstützt Initiative für Erhalt der Gerichtsstruktur

(dbb) Richterbund, Rechtsanwaltskammer, Notarkammer, Notarbund e.V. und Landesanwaltsverband haben eine Volksinitiative nach Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern „Für den Erhalt einer bürgernahen und effizienten Gerichtsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern“ auf den Weg gebracht. Diese Initiative ist am 3. April 2012 vor der Landespressekonferenz (LPK) von den Beteiligten erläutert worden.

Dazu sagte der Landesvorsitzende des dbb m-v Dietmar Knecht vor der LPK: „Wir gehören zu den Erstunterzeichnern. Die Rechtsgewährung ist ein Grundrecht. Wir sehen mit Besorgnis, dass durch die beabsichtigte Reduzierung der Anzahl der Amtsgerichte unzumutbare Wege für den rechtsuchenden Bürger, aber auch für die Justizbeschäftigten entstehen.“

Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, die Justiz in der Fläche zu erhalten.“

Der dbb vertritt als Dachverband die Deutsche Justizgewerkschaft, den Gerichtsvollzieherbund und den Verband der Rechtspfleger mit mehr als 1 100 Betroffenen in Mecklenburg-Vorpommern.

(06/13/12)

Schweizer Haftbefehle gegen deutsche Steuerfahnder – Kritik der DSTG zeigt Wirkung

(dbb) Dass die Schweiz Haftbefehle gegen drei Steuerfahnder aus Nordrhein-Westfalen herausgegeben hat, ist bei der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) auf harsche Kritik gestoßen. Nun hat auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, der zunächst Verständnis für die Schweiz gezeigt hatte, sich hinter die Beamten gestellt. Dem Südwestrundfunk sagte Schäuble am 3. April 2012: „Die Beamten haben ausschließlich ihre Pflicht getan, und sie haben es in einer sehr guten Weise getan.“

Der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler hatte an der Position der Gewerkschaft keinen Zweifel gelassen. Mit Blick auf Schäuble hatte Eigenthaler gesagt: „Wir erwarten von ihm, dass er sich hinter die Steuerfahnder stellt.“ Schließlich sei Schäuble selbst an der Kaufentscheidung und an der Festsetzung des Preises für die CD mit Steuerhinterzieher-Daten beteiligt gewesen. Man müsse sich fragen, warum die Schweizer Justiz nicht die Finanzminister von Bund und Ländern verfolge, so Eigenthaler weiter. Sie alle hätten von den Mehreinnahmen profitiert.

Schäuble und die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgefordert, die deutschen Steuerfahnder „vor dem massiven Versuch der Einschüchterung und der Kriminalisierung durch die Schweizer Justiz in Schutz zu nehmen“. Eigenthaler verwies auf das Bundesverfassungsgericht, das die Verwertung von Daten-CDs ausdrücklich gebilligt habe.

Zudem sprach sich Eigenthaler gegen das geplante Deutsch-Schweizer-Steuerabkommen aus. Schäubles Hoffnung, mit den bisherigen Nachverhandlungen flösse ein Steuerbetrag von deutlich mehr als die bisher verabredeten zwei Milliarden Schweizer Franken in deutsche Kassen, sei „reines Wunschdenken“. Zwischen

In der „Leipziger Volkszeitung“ (Ausgabe vom 1. April 2012) hatte der DSTG-Chef bereits

Sommer 2011 und Frühjahr 2013 hätten die Steuerhinterzieher Zeit genug, um ihre Konten aufzulösen. Dann passiere ihnen gar nichts. Das sei angesichts von etwa 150 Milliarden Euro deutschem Schwarzgeld in der Schweiz ein „Skandal“. Spiegel Online (4. April 2012) zitiert den DSTG-Chef mit den Worten: „Das Abkommen ist löchrig wie ein Schweizer Käse.“ Eigenthalers Begründung: Hartgesottene Steuerhinterzieher würden mit einem Discount-Steuersatz davonkommen, der weit unter dem deutschen Höchstsatz liege. Außerdem dürfe der Staat nur noch 500 Kontoanfragen in der Schweiz stellen - "bei unseren 600 Finanzämtern hieße das, dass nicht einmal jede Behörde einen Antrag stellen dürfte". Die DSTG lehne das Abkommen in seiner jetzigen Form deshalb ab.

Der „Passauer Neuen Presse“ (Ausgabe vom 3. April 2012) sagte Eigenthaler, folge man der

Logik der Schweizer Fahnder, müssten der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans und Bundesfinanzminister Schäuble angeklagt werden. Eigenthaler forderte eine harte Reaktion und empfahl die USA als Vorbild: „Die Vereinigten Staaten erhalten die Daten von Steuerhinterziehern von der Schweiz, weil sie mit Abbruch der Geschäfte drohen. Das ist die einzige Sprache, die die Schweizer Banken verstehen.“ Wenn die Schweiz auf Anwendung ihres Strafrechts bestehe, so Eigenthaler weiter, dann müsse auch deutsches Strafrecht angewendet werden: „Deutschland sollte die Vorstände der Schweizer Banken anklagen und Haftbefehle beantragen. Sie leisten Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Das wäre die angemessene Reaktion. Deutschland darf nicht kuschen.“ (07/13/12)

Dritte Runde ohne Angebot - jetzt drohen Streiks bei der Telekom

(dbb) In der dritten Runde der Tarifverhandlungen für die rund 60.000 Beschäftigten der Deutschen Telekom AG, Telekom Deutschland GmbH, Deutschen Telekom Technischer Service GmbH, Deutschen Telekom Kundenservice GmbH und Deutschen Telekom Technik GmbH (vormals Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH) am 30. März 2012 in Bonn hat die Deutsche Telekom immer noch kein Tarifangebot unterbreitet. „Statt ein verhandelbares Angebot vorzulegen, spielt der Arbeitgeber nur auf Zeit und fordert weitere Sondierungsgespräche. Eine solche Hinhaltenaktik werden sich die Beschäftigten und die DPVKOM nicht gefallen lassen. Offensichtlich sucht der Arbeitgeber die Konfrontation mit seinen Mitarbeitern. Die kann er haben“, sagte der stellvertretende Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) und Verhandlungsführer Horst Sayffaerth.

Trotz nochmaliger Aufforderung der DPVKOM, nun endlich ein verhandlungsfähiges Angebot zu unterbreiten, beharrte der Arbeitgeber auf seinen Positionen. Ohne weitere Zugeständnisse der Beschäftigten, so die Arbeitgeberseite, gebe es keine Verteilungsspielräume. Die DPVKOM lehnt eine solche Blockadehaltung ab. Nach Auffassung der Gewerkschaft müssen die Mitarbeiter des Unternehmens an der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens beteiligt werden. Schließlich waren sie es, die im vergangenen Jahr einen Konzernüberschuss

von 600 Millionen Euro erwirtschaftet haben. Die DPVKOM fordert in der laufenden Tarifrunde unter anderem 6,2 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesthöhung der Monatsentgelte um 200 Euro sowie eine Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen und des Ausgründungsschutzes bis Ende 2016. Streiks sind nun nicht mehr ausgeschlossen. (08/13/12)

VDR würdigt „erfolgreiches Bildungspaket“

(dbb) Als gelungenes Beispiel dafür, wie Schüler und Schülerinnen aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen optimal unterstützt werden können, hat der Bundesvorsitzende des VDR (Verband Deutscher Realschullehrer), Jürgen Böhm, das sogenannte Bildungspaket des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales bezeichnet.

Das Paket war von Bundesministerin Ursula von der Leyen vor genau einem Jahr mit der Maßgabe aufgelegt worden, Kindern aus finanziell schlechter gestellten Elternhäusern Hilfen für die Inanspruchnahme von Mittagstischen in Ganztagschulen, Zuschüsse bei Klassenfahrten zu gewähren oder die Finanzierung zusätzlicher Lernfördermaßnahmen zu ermöglichen.

Umfragen zeigten, dass das „Bildungspaket“ nach einjähriger Laufzeit einen breiten Bekanntheitsgrad bei den Anspruchsberechtigten erworben habe und seine Akzeptanz weiter steige. Nach den „klassischen Anlaufschwierigkeiten, die Projekte dieser Größenordnung grundsätzlich begleiten“, erhielten inzwischen

deutlich über fünfzig Prozent aller infrage kommenden Erziehungsberechtigten Rück-erstattungen. „Das Bildungspaket überlässt der einzelnen Familie, dem alleinerziehenden El-ternteil die Entscheidung darüber, welche An-gebote als besonders attraktiv eingeschätzt werden und wo man sich vorrangig engagieren möchte. Eine punktgenau finanzierte Sach-oder Dienstleistung stärkt Schüler und Schüle-rinnen wie auch deren Eltern in ihrer autonomen Entscheidungsfindung und gewährleistet im Gegensatz zum Gießkannenprinzip mit des-sen Sickereffekten zusätzlich Kostentranspa-renz“, zeigte sich Böhm überzeugt.
(09/13/12)

Namen und Nachrichten

(dbb) Angesichts der anhaltenden politischen Diskussion über mögliche gesetzgeberische Aktivitäten zur Herstellung einer Tarifeinheit hatte die FDP-Bundestagsfraktion am 30. April 2012 zu einem Hintergrundgespräch nach Berlin eingeladen, an dem auch der dbb und die GDL teilnahmen. Für den dbb und seine tarifunion machte der stellvertretende Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** deutlich, dass jeder legislative Zugriff als Angriff auf die verfassungsgeschützte Koalitionsfreiheit wahrgenommen würde. Es gebe angesichts der erwiesenen Funktionsfähigkeit der deutschen Sozialpartnerschaft keinen Handlungsbedarf. Organisationshoheit und Tarifautonomie der Gewerkschaften seien zu garantieren, die Arbeitsgerichte würden auch ohne neue Paragraphen auf die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit von Streiks sicher achten. Schließlich gäben weder die Entwicklung von Arbeitskämpfen noch die Veränderungen in der Gewerkschaftslandschaft berechtigten Anlass zu einer Sorge vor „englischen Verhältnissen“ und drohendem Chaos. Die Vertreter der FDP mit Heinrich Kolb und Hermann-Otto Solms an der Spitze versicherten, schon dem gemeinsamen Vorschlag von BDA und DGB zur Wiederher-

stellung der Tarifeinheit skeptisch gegenüber gestanden zu haben.

Der Versuch der Schweizer Justiz, die Ermittlungsarbeit der deutschen Steuerfahndung zu kriminalisieren, geht nach Auffassung des stellvertretenden dbb Bundesvorsitzenden **Dieter Ondracek** „nach hinten los“. Es werde nicht gelingen, die deutschen Fahnder mit Haftbefehl-Drohungen einzuschüchtern, erklärte Ondracek am 1. April 2012 in Berlin. „Wer das Berufsethos der Steuerfahnder kennt wird feststellen, dass die Fahnder – jetzt erst recht – alle Spuren in die Schweiz besonders gründlich unter die Lupe nehmen werden.“ Der dbb Vize begrüßte, dass die Dienstherren der drei betroffenen Steuerfahnder, die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Landesfinanzminister Norbert Walter-Borjans – „diesen Schweizer Einschüchterungsversuch klar und eindeutig zurückgewiesen haben und sich schützend vor ihre Steuerfahnder stellen. Dies kann und muss man auch erwarten, denn die Fahnder handeln im Auftrag des Staates“, so Ondracek.

Der Thüringer Beamtenbund tbb sieht in der Tarifeinigung für Bund und Kommunen auch ein „überfälliges und wichtiges Signal, um den öffentlichen Dienst für die junge Generation attraktiv zu halten. Der stellvertretende Landesvorsitzende Burkhard Zamboni sagte am 2. April 2012, angesichts des Fachkräftemangels und der Überalterung dürfe die Jugend nicht vernachlässigt werden. Neben einer höheren Ausbildungsvergütung hatten sich die Tarifparteien auch auf Zuschüsse für Fahrten zu auswärtigen Berufsschulen verständigt. tbb-Landesvorsitzender **Helmut Liebermann** forderte die Landesregierung auf, vergleichbare Regelungen auch für ihre Auszubildenden und Anwärter zu schaffen.

Vor den Landtagswahlen am 6. Mai 2012 in Schleswig-Holstein hat der **dbb schleswig-holstein** Wahlprüfsteine auf seiner Homepage veröffentlicht, die den Mitgliedern Hilfestellung bei ihrer Wahlentscheidung geben sollen. An die bislang im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP, Grüne, Die Linke und SSW (Südschleswigscher Wählerverband) hatte der dbb Landesbund insgesamt zehn Fragen zu allgemeinen, den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein betreffenden Problemen gestellt. Die Themen: Mitbestimmung, Einschnitte im Beamtenbereich, Föderalismus, demographischer Wandel im öffentlichen Dienst, Gesundheitsschutz, Verwaltungsstrukturen, Schulpolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Familie und Beruf sowie Schuldenbremse. Die vollständigen Antworten unter <http://www.dbbsh.de>

Wegen des akuten Personalmangels bei der Münchner S-Bahn hat die Gewerkschaft Deut-

scher Lokomotivführer (GDL) schwere Vorwürfe gegen die Unternehmensführung und die DB Regio erhoben. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ (Ausgabe vom 30. März 2012) berichtete, warf GDL-Vorsitzender **Claus Weselsky** den S-Bahn-Verantwortlichen vor, nichts gegen den Mangel an Lokführern unternommen zu haben, obwohl dieses Problem seit mindestens zwei Jahren absehbar gewesen sei und sprach von einem „Komplettversagen“. „Wir haben kein Verständnis für das völlige Fehlen einer strategischen Personalplanung bei der S-Bahn München GmbH“, sagte Weselsky. Er forderte unter anderem eine Ballungsraumzulage von 200 bis 250 Euro, damit sich Lokführer das Arbeiten in der Region München besser leisten könnten.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat die Kritik an Polizei und Staatsanwaltschaft im Fall des getöteten Mädchens Lena in Emden erneut zurückgewiesen. Die Arbeit der Ermittler sei einwandfrei gewesen, erklärte DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** am 1. April 2012. Ein zunächst verdächtiger Jugendlicher war wieder freigelassen worden. Zugleich verurteilte Wendt scharf einen Aufruf zur Lynchjustiz bei Facebook. „Dieser Vorgang ist kein Kavaliersdelikt. Deshalb sollte der Rechtsstaat auch eindeutig reagieren und mit einer harten Bestrafung dazu beitragen, dass das auch wirklich jeder Nutzer begreift.“ Wer das Recht in die eigene Hand nehmen will, sollte genau wissen, dass dies in einem Rechtsstaat nicht geduldet wird, so Wendt.
(10/13/12)